

Der hallesche (Irr-)Weg: Fachkonzept und Dienstanweisung Nr. 93

Johannes Herwig-Lempp

Seit zwei Jahren lässt sich die Stadt Halle (Saale) beraten, wie sie die Kosten für die Hilfen zur Erziehung radikal senken kann. Hierzu wurde zunächst von der Leitungsebene ein „Fachkonzept“ entwickelt, das gegen die Bedenken aller Fachleute von den Stadträten im Jugendhilfeausschuss verabschiedet wurde. Nachdem nach einem halben Jahr die erwarteten Einsparungen ausblieben, erließ man eine Dienstanweisung, wonach innerhalb eines Monats alle (!) Kinder und Jugendlichen aus Heimen in ihre Familien „zurückzuführen“ seien (siehe auch Kommentar im aktuellen Heft). Im folgenden Diskussionsbeitrag analysiert der Autor die aktuell zugänglichen Dokumente¹ und formuliert fachliche Forderungen.

1. Das Fachkonzept und die sog. „pro-aktiven Systeme“

Die Stadt Halle muss, wie viele andere Kommunen auch, sparen. 2005 hat sie deshalb bei Klaus Roth und der Beratungsfirma START angefragt, ob sie ein Konzept entwickeln können, mit dem innerhalb von zwei Jahren 20 % der Kosten für Hilfen zur Erziehung eingespart werden können. Die Beratungsfirma hat diese „reizvolle Herausforderung!“ (vgl. Roth/Appel 2007: 65), honoriert mit mehreren hunderttausend Euro, gerne angenommen. Ihr schwebte eine „radikale Umstrukturierung“ (ebd.: 66) des Fachbereichs vor. Mit einer kleinen „Steuerungsgruppe“ der Leitungsebene wurde ein „Fachkonzept“ verfasst, das den Freien Trägern als nicht mehr zu diskutierende Richtlinie vorgelegt wurde.

Das Entsetzen sowohl bei den Freien Trägern als auch bei den Mitarbeitern im Jugendamt war groß. Das Papier ist in Aufbau, Inhalt und Sprache und Rechtschreibung wirr und unklar, enthält einerseits eine Vielzahl von Allgemeinplätzen und Selbstverständlichkeiten, andererseits vollkommen unverständliche Passagen und ein Sammelsurium von unzusammenhängenden Versatzstücken. Zugleich wurde deutlich, dass zunächst ein „kompletter Umbau der Organisations- und Planungsstrukturen sowohl intern als auch extern“ anstand: Die bisherigen ASD-Teams sollten aufgelöst und in neue „sozialpädagogische Teams“, gebildet aus Verwaltungsangestellten und SozialarbeiterInnen der

verschiedenen Abteilungen des Jugendamts, überführt werden.

Als Kernstück des Fachkonzepts sah man die sog. „pro-aktiven Systeme“. Was wie ein Marketingtrick für eine neue Joghurtsorte klingt, wird folgendermaßen erklärt:²

„Der Begriff ‚Pro-Aktives-System‘ geht zurück auf die Erkenntnisse der Selbstorganisation Lebendiger Systeme und der Systemtheorien. In der Abgrenzung zu ‚Aktiver und reaktiver Prävention‘ setzt dieser Ansatz darauf, das Problemlagen erst gar nicht entstehen und durch systematisches vernetzen der Systeme eines z. B. Stadtteils die Selbstregulation zu einer Weiterentwicklung führt. Das bedeutet im Alltag, die Lebenswirklichkeit von Kinder, Jugendlichen und Familien wird derart beeinflusst, dass optimale Entwicklungschancen gegeben sind. Der § 1 Abs. 4 Satz 4 SGB VIII erfährt somit Realisierung. Der Ansatz ist konzipiert wie das menschliche System selbst. Bildlich gesprochen heißt das:

Die im Stadtteil lebenden Menschen, Organisationen, freie und öffentliche Dienstleister usw. sind wie die Glieder eines Körpers. sie spüren positive und negative Resonanzen und Einflüsse die auf den Stadtteil einwirken (Soziodemographisch, sozial-politisch, epochal usw.). Feinfühlig geben sie diese Informationen über Kommunikationsstränge (Nervenbahnen an das Gehirn (Pro-Aktives-System), dort werden die Informationen gebündelt, systematisch ausgewertet und Handlungen eingeleitet. Diese Information geht an die Organe zurück und werden ausgeführt. In der Reflexion, die wiederum durch die Information der Organe erfolgt, wird der Erfolg oder Misserfolg der Handlungen bewertet und führt zu einer Weiterentwicklung des Systems.

Das „Pro-Aktive-System“ zeichnet sich dadurch aus,

1 Berücksichtigt werden konnten bekannte Entwicklungen in Halle bis Mitte Oktober 2007.

2 Zitate werden hier inhaltlich wie formal originalgetreu wiedergegeben.

dass die einzelnen Akteure in der Verbindung mehr sind als die Summe ihrer Einzelaktivitäten. Um es zur Entfaltung zu bringen, ist eine Organisation nötig die Struktur gibt und Dynamik ermöglicht. Das Pro-Aktive-System ist geprägt durch vier Grundelemente:

1. Information = Kritische Entwicklungen und Bedarfe werden wahrgenommen sowie Ressourcen- und Präventionspotentiale systematisch erschlossen.
2. Kommunikation = Informationen und Erfahrungen werden in dem vernetzten System kommuniziert, verarbeitet und gemeinsam bewertet.
3. Aktion = Ausgehend von dem Kommunikationsprozess werden Angebote gemeinsam geplant und umgesetzt.
4. Reflexion = Aktivitäten und Erfahrungen werden ausgewertet und für eine Weiterentwicklung genutzt.

Die Pro Aktiven Systeme werden möglichst kleinräumig organisiert. Ausgangspunkte sollen bereit bestehende, organisch gewachsene Angebote im Stadtteil sein. Dazu gehören z. B. Kindertagesstätten, Horte, Schulen, JF-Zentren usw.. Zur Sicherstellung dieser Struktur übernehmen die Sozialpädagogischen Mitarbeiter der Ressorts verantwortlich die Begleitung der Pro Aktiven Systeme.

Als Angebote der Pro Aktiven Systeme könnten maßgeschneidert Elternbildung, Gesundheitsvorsorge, Ernährungsberatung, Frühwarnsysteme etc. erarbeitet werden.“ (Fachkonzept: 10 f.)

Konkret waren damit sog. „Quartiersrunden“ gemeint. Insgesamt sollten mindestens 50 Quartiersrunden eingerichtet werden, die sich ein- bis zweimal im Monat treffen und „pro-aktiv“ (gemeint ist: präventiv) wirksam werden sollten. Es blieb und bleibt jedoch das Geheimnis der Stadt Halle und ihrer Berater, wie damit Hilfen zur Erziehung ersetzt oder überflüssig gemacht werden könnten. Hierzu gibt es keinerlei Erläuterungen, auch in späteren Veröffentlichungen nicht.

2. Umsetzung

Innerhalb weniger Wochen wurde das Konzept auf Druck der Verwaltung im Oktober 2006 im Jugendhilfeausschuss mit den Stimmen aller Parteienvertreter durchgesetzt. Sie ließen sich nicht davon beeinflussen, dass alle Experten ausdrücklich davor warnten und hervorhoben, dass die Hilfen zur Erziehung notwendig und nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz vorzuhaltende Leistungen sind: Sie könnten sowohl aus fachlichen wie aus rechtlichen Gründen nicht ohne Weiteres durch „präventive Instrumente“ – die ohnehin erst nach Jahren wirksam werden würden – ersetzt werden.

Die Umorganisation im Jugendamt wurde innerhalb kürzester Zeit durchgeführt und hatte

in den folgenden Monaten durchaus chaotische Zustände zur Folge – was sogar Träger und Kooperationspartner weit außerhalb Halles zu spüren bekamen, ganz zu schweigen von den regionalen Partnern. Die Arbeitsgemeinschaft mit den freien Trägern nach § 78 SGB VIII wurde vom Jugendamt einseitig gekündigt.

Immerhin wurden die MitarbeiterInnen jetzt erstmals in den Entwicklungsprozess einbezogen: Eine Gruppe von MitarbeiterInnen bekam den Auftrag, die Idee der „pro-aktiven Systeme“ zu konkretisieren und erstellte ein im März 2007 veröffentlichtes Diskussionspapier, das auch die freien Träger erhielten. Dieses Papier wurde anschließend von den Herren Appel und Roth (beide von der zuständigen Beratungsfirma) unter ihrem eigenen Namen und mit dem Titel „Der Charme pro-aktiver Systeme!“ in der Zeitschrift Jugendhilfe (deren Schriftleiter wiederum Klaus Roth ist) publiziert. Ergänzt wurde es lediglich um eine Einleitung, in der suggeriert wird, dass bei diesem Beratungsprozess in Halle alle Betroffenen mit einbezogen worden seien: „Nur wenn Menschen an den sie betreffenden Entscheidungen aktiv beteiligt werden, tragen sie die Lösungen auch mit“ (vgl. Roth/Appel 2007: 65). Dies ist umso zynischer, als die Autoren und die Leitungsebene des Jugendamts diesen Grundsatz bei ihrer Beratungstätigkeit ignoriert haben und ihr Konzept in einem abgeschotteten Prozess erstellten – was u. a. eine Erklärung dafür sein könnte, wieso ein solch fachlich völlig unzureichendes Konzept entstehen konnte: Kontroll- und Korrekturmöglichkeiten waren so von vornherein ausgeschaltet worden.

3. Dienstanweisung Nr. 93

Im Sommer 2007 wurde dann offenbar auch für die Leitungsebene erkennbar, was alle anderen schon von Anfang an geäußert hatten: dass das Sparziel nicht einmal ansatzweise erreicht werden konnte. Offenbar wurde wiederum auf höchster Ebene und ohne jede Rücksprache mit denen, die im ASD-Alltag stehen, beraten und zum vermeintlichen Rettungsschlag ausgeholt:

Am 3. September 2007 erließ der Amtsleiter eine Dienstanweisung samt Anlage in einem Umfang von 5 Seiten:

„Das Ziel der Dienstanweisung ist die Rückführung aller Kinder, Jugendlichen und jungen Volljährigen aus der Heimerziehung zum 30.9.2007 unter der Prämisse der Installierung von geeigneten Hilfen für das Familiensystem und der Sicherung des Kindeswohls.“ (Dienstanweisung Nr. 93: 1)

Aus der Anlage zu dieser Dienstanweisung geht hervor, dass die Autoren tatsächlich ganz real davon ausgehen, dass diesmal ihr Sparziel wirklich erreicht wird, das sie auf den Euro genau berechneten:

„Derzeit werden 314 Kinder und Jugendliche stationär in Einrichtungen betreut. Geht man davon aus, dass davon 90 % per 30.9.2007 in ihre Familien zurückkehren können, ergibt sich ein Einsparvolumen für die verbleibenden haushaltswirksam werdenden 2,5 Monate von $282 \times 2,5 \times 3.100 \text{ €} = 2.185.500 \text{ €€€}$ “ (Ebd.: Anlage).

Schon die unglaubliche Naivität und Unprofessionalität, die in Bezug auf die organisatorische Umsetzung dieser Anweisung aus diesen Sätzen sprechen, erschrecken: Der Amtsleiter und sein Berater müssten wissen, dass 282 Kinder nicht innerhalb von 27 Tagen entlassen werden können (und, ganz nebenbei, die Freien Träger hätten ebenso schnell rund hundert Mitarbeiter entlassen müssen). Dies hätte ihnen jede MitarbeiterIn an der Basis in wenigen Sätzen erklären können.

Allerdings hätten die MitarbeiterInnen ihnen dann vor allem auch kurz und knapp dargelegt, dass dies fachlich und rechtlich gesehen ein absurdes und gefährliches Vorhaben ist. Diese Dienstanweisung hat zur Folge,

- dass Kinder, Jugendliche und ihre Eltern Hilfen nicht mehr erhalten werden, die ihnen eigentlich zustehen
- dass die Gefahr von dramatischen Unglücksfällen („Kevin“) rapide steigt
- dass Kinder und Jugendliche aufgrund fehlender Unterstützung vernachlässigt werden und „verwahrlosen“, mit den möglichen Folgen Schulverweigerung, Bandenbildung, Gewalt, Drogenkonsum und Kriminalität (was aber erst in einigen Jahren erkennbar sein wird!)
- dass die bestehende qualitativ hochwertige Jugendhilfelandchaft in Halle mehr oder weniger schnell abgebaut wird.

Ohne Rücksicht auf Kinder und Familien will man zur „Haushaltskonsolidierung“ beitragen. Penibel werden Defizite und Sparpotenziale berechnet. Erkennbar ist auch, dass *alle* Hilfen zur Erziehung (und nicht nur die stationären) überprüft werden sollen.

Der Fall, dass die Mitarbeiter die Anweisung nicht konsequent genug im Sinne der Leitung befolgen würden, wurde im Voraus bedacht:

„Die Steuerung der Rückführung aller in Betracht kommender Kinder, Jugendlichen und jungen Volljährigen im jeweiligen Team obliegt der Teamkoordinatorin/dem Teamkoordinator unter Einbeziehung aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Team. Sollte im Ressort keine Lösung gefunden werden ist

das ‚Kompetenzteam‘ des Fachbereiches 51 lösungsorientiert einzubeziehen. Die Fallverantwortung verbleibt bei der zuständigen fallführenden Mitarbeiterin bzw. dem sozialpädagogischen Mitarbeiter“ (ebd.: 2).

Wenn die Mitarbeiter im ASD eine Rückführung ablehnen würden, sollen andere, „kompetentere“ Kollegen (die nicht aus dem ASD kommen und sich in diesem Bereich nicht so gut auskennen) entscheiden – und zwar „lösungsorientiert“, d.h. indem sie nach Möglichkeit doch die „Rückführung“ der Kinder beschließen. Absurderweise soll jedoch in diesem Fall die Fallverantwortung weiterhin beim ASD-Mitarbeiter liegen, obwohl er zuvor schon erklärt hatte, eine solche Entscheidung nicht verantworten zu können.

Kompetenz scheinen Oberbürgermeisterin und Amtsleiter der Stadt Halle ihren MitarbeiterInnen ohnehin abzusprechen: Wer davon ausgeht, dass in 90 % aller Fälle (oder auch nur in 50 %, 30 % oder 20 % aller Fälle) innerhalb von drei Wochen (oder innerhalb eines Vierteljahres) eine Kündigung der Hilfen zur Erziehung möglich ist, unterstellt, dass seine ASD-Mitarbeiter bisher fachlich nicht richtig entschieden und zudem dabei die Haushaltslage der Stadt grob fahrlässig außer Acht gelassen haben. Oder aber er geht davon aus, dass er die Mitarbeiter so unter Druck setzen kann, dass sie die eigenen Entscheidungen gegen alle fachlichen Erwägungen widerrufen. In jedem Fall aber ignoriert er, dass Jugendamt und Freie Träger in den letzten Jahren gemeinsam ein Hilfeplanverfahren auf hohem fachlichen Niveau entwickelt haben.

Konsequenterweise fordert die Oberbürgermeisterin, „es soll endlich gründlich und konkret geprüft werden, welche Kinder und Jugendlichen in die Familien zurück können“ (zit. nach Zentner 2007) und „räumt ein, dass mit der Dienstanweisung ein hoher Druck auf die Mitarbeiter aufgebaut wird“ (ebd.).

4. Die Kinder und Jugendlichen wurden einfach vergessen

Halle hat einen bundesrepublikanischen Spitzenplatz in Bezug auf Kinderarmut, die Eltern von 40 % der Kinder leben von Arbeitslosengeld II (vgl. Schrader 2007: 2). Der eigentliche Skandal des Fachkonzepts und der Dienstanweisung Nr. 93 liegt darin, dass OB Szabados, Berater Roth und Amtsleiter Rochau einfach nicht in der Lage zu sein scheinen, die Gefahr und den Schaden, den sie anrichten, auch nur ansatzweise einzuschätzen.

Denn wer eine Hilfe zur Erziehung erhält, bekommt sie auch bisher nur nach gründlichster (und regelmäßiger, mindestens halbjährlicher) Prüfung und wenn gewichtige Gründe dafür sprechen: ausschließlich dann, wenn Hilfe zur Erziehung nach § 27 ff. notwendig und angemessen ist oder nach § 8 a SGB VIII die Entwicklung des Kindes bzw. sein Wohl in Gefahr sind.

Nicht immer ist dabei – entgegen den Vorstellungen in der Öffentlichkeit – die Gefährdung so offensichtlich, dass ein Familiengericht eine Herausnahme des Kindes auch gegen den Willen der Eltern verfügen würde. Häufiger arbeiten ASD-MitarbeiterInnen lange daran, die Eltern auch ohne die Hinzuziehung eines Gerichts zu einer freiwilligen Annahme einer Hilfe zur Erziehung zu überzeugen. In einer Reihe von Fällen halten die ASD-Mitarbeiter zwar eine Unterstützung für dringend notwendig, haben allerdings auch die Erfahrung gemacht, dass die Gerichte sehr vorsichtig sind und die Anträge abweisen – anschließend wäre eine freiwillige Zusammenarbeit mit den Eltern zum Wohl des Kindes schwer möglich, sodass sie sehr viel Fachkenntnis, Gespür und Geduld einsetzen, um den Kontakt zu halten und Hilfe geben zu können.

Schließlich kommen auch einige Eltern von selbst und bitten um Hilfe, weil sie sich nicht in der Lage sehen, ihre Kinder zu erziehen und ihnen die angemessene Unterstützung zu geben. Erst wenn das Team der SozialarbeiterInnen dies ebenso einschätzt, wird eine Hilfe gewährt.

In Fachkonzept und Dienstanweisung ist von diesen Menschen und diesen Lebenssituationen keine Rede, sie werden übergangen. Kinder und Eltern werden nun plötzlich mit einer ganz neuen Situation konfrontiert – auch wenn das bislang ganz anders geplant und verabredet war, wird nun eine überstürzte Rückführung angeordnet, die innerhalb weniger Wochen umgesetzt werden soll.

Und auch eine weitere Gruppe ist betroffen, die in der öffentlichen Diskussion bislang nicht erwähnt wurde: diejenigen, die *in Zukunft* eine Hilfe zur Erziehung benötigen. Ihnen soll nicht nur der Zugang zum Jugendamt erschwert werden, es droht auch, dass sie von vornherein überhaupt keine Hilfe zur Erziehung mehr erhalten werden. Bleibt es bei der Dienstanweisung, wäre dies die Gruppe mit dem größten „Sparpotenzial“, indem man die Zugangsschwelle fast unüberwindbar gestaltet.

5. Wie geht es weiter?

Bis Mitte Oktober 2007 wurde laut Amtsleiter bereits für vierzig bis fünfzig Kinder entschieden, dass sie in ihre Familien zurück müssen, spätestens Ende Januar 2008 sollen alle anderen überprüft sein. Allerdings hat auch die Leitungsebene inzwischen eingesehen, dass der Zeitplan nicht eingehalten werden kann und dass man sich über Gerichtsurteile nicht hinwegsetzen darf. Am Ziel jedoch wird unverrückt festgehalten. Der Aufschrei der Fachwelt (Merten 2007, Wiesner 2007, Erklärungen des Arbeitskreises Freie Träger und der LIGA Sachsen-Anhalt 2007, vgl. auch Berth 2007 und Seils 2007 sowie Bartsch 2007) beeindruckt bislang nicht. Oberbürgermeisterin Szabados erklärt, es sei „entschieden menschlicher, die Kinder in ihren Familien aufwachsen zu lassen“ (MDR-Interview am 21.9.07). So wünschenswert es ist, dass möglichst viele Kinder und Jugendliche zu Hause aufwachsen, so weiß man doch, dass selbst aufwändige Angebote wie Sozialpädagogische Familienhilfe und Tagesgruppen stationäre Hilfen nicht ersetzen können und dass es in vielen Fällen für die Sicherheit und das Wohl der Betroffenen notwendig ist, sie dauerhaft oder zumindest für längere Zeit in Heimen und Wohngruppen aufwachsen zu lassen. Aus Gründen der Spardisziplin verschweigt Szabados dies der Öffentlichkeit.

Stattdessen gibt sie vor, es handle sich lediglich um eine Methodenfrage: Anstelle von Hilfen zur Erziehung setze man ab sofort auf Prävention, von daher sei die schnelle Rückführung der Kinder in die Familien nur konsequent – eine unglaublich naive Auffassung von Prävention und ihrer Wirkung und eine fahrlässige Abschaffung von qualifizierten Unterstützungsangeboten. Niemand würde es wagen, von heute auf morgen alle Krankenhäuser abzuschaffen und sie durch Ernährungsberater und Gymnastikgruppen zu ersetzen.

Die Stadträte (aller Parteien!) im Jugendhilfeausschuss scheinen ebenfalls weiterhin vorbehaltlos hinter ihrer Oberbürgermeisterin zu stehen – sie können sich offenbar nicht einmal in Ansätzen vorstellen, über welche Situationen und Problemlagen sich hinter den vagen Formulierungen des Fachkonzepts und den Zahlen der Dienstanweisung verbergen, sie unterschätzen dadurch einfach die Dramatik der Lebens- und Problemlagen ganz erheblich (ganz anders als in Siegen, wo Kommunalpolitiker an einer exemplarischen Fallberatung der ASD-Mitarbeiter teilnahmen und im Gegensatz zu den differenzierenden Vorschlägen der

Fachleute selbst für sofortige Herausnahme des Kindes und Trennung von der Mutter plädierten. Nach der Beratung würdigten sie, „mit wie viel Verantwortungsbewusstsein, Mühe, Genauigkeit und Aufwand der Allgemeine Sozialdienst arbeitet“, und bedankten sich ausdrücklich für diese Erfahrung; Juchems/Lütt-ringhaus 2007: 173).

Auch der Haushaltsplan für 2008 lässt inzwischen erkennen, dass „der halleseche Weg“ (Amtsleiter Rochau) beibehalten wird: Zwar räumt man ein, dass die Spareffekte sich um ein Jahr verzögern, grundsätzlich aber hält man daran fest: mit Hilfe von Fachkonzept, Quartiersrunden und Dienstanweisung will man 4 Mio. Euro ab dem nächsten Jahr einsparen.

Die Oberbürgermeisterin und ihr Amtsleiter sind dringend aufgefordert,

- das Fachkonzept und die Dienstanweisung zurückzuziehen;
- offensiv zu vertreten, dass Einsparungen von 20 % im Bereich Hilfen zur Erziehung ohne erhebliche Gefährdung und ohne Verletzung von Rechtsansprüchen nicht möglich sind, und dass das Budget für Hilfen zur Erziehung nicht gekürzt werden darf – insbesondere in einer Stadt mit besonders hoher Kinderarmut, in der möglicherweise sogar ein erhöhter Unterstützungsbedarf besteht;
- den Haushaltsplan nach fachlichen Kriterien, d. h. am tatsächlichen Bedarf und nicht an Sparvorgaben orientiert, zu gestalten;
- die partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen Fachbereich und Freien Trägern wieder aufzunehmen (von der Rücknahme der Kündigung der AG nach § 78 SGB VIII bis hin zur Beteiligung an der Planung von Entwicklungen und Prozessen)
- alle Betroffenen (Freie Träger, eigene Mitarbeiter) an Prozessen zur Veränderung in der Jugendhilfe einzubeziehen und mit ihnen gemeinsam realistische Ziele für eine erfolgreiche Jugendhilfe zu entwickeln (dies bedeutet auch, dass die Ziele und die Wege dorthin in Aushandlungsprozessen entwickelt werden und nicht von oben „verfügt“ werden).

Wir rufen die Öffentlichkeit und die Fachwelt auf, uns dabei zu unterstützen. Kinder und Jugendliche sind die Zukunft unserer Gesellschaft, es lohnt sich in sie zu investieren – auch

und gerade in die benachteiligten und die gefährdeten unter ihnen. Wenn es dabei bleiben sollte, dass die Stadt Halle konsequent Geld vor Not, Recht und Vernunft gehen lässt und dabei die bestehende reichhaltige Jugendhilfeland-schaft abbaut, könnten sich auch andere Kommunen auf den gleichen Irrweg begeben. Dies dürfen wir nicht zulassen!

Letzte Meldung

Am 25. Oktober teilte die Oberbürgermeisterin mit, dass sie dem Amtsleiter „Weisung“ (ohne die geht es in Halle offenbar nicht) erteilt habe, die Dienstanweisung zu „überarbeiten“. Er selbst erklärt daraufhin, er hätte sich wohl nicht richtig ausgedrückt und „unglücklich formuliert“, denn eigentlich habe er lediglich eine „Überprüfung“ aller Fälle anordnen wollen.... (was ihm die Stadträte ohne Widerspruch glaubten!). Auch am 5. November 2007 (Zeitpunkt der Durchsicht dieses Beitrages) lag noch keine Überarbeitung vor, die bisherige Dienstanweisung gilt weiterhin.

Und er macht die gleichen Versprechungen wie vor einem Jahr: dass er im kommenden Jahr durch den Ausbau der „Prävention“ (für den natürlich keine Mittel zur Verfügung stehen!) endlich die vorgesehenen 4 Mio. Euro bei den Hilfen zur Erziehung eingesparen werden – wiederum ohne zu erklären, wie das gelingen soll – und auch das glauben ihm die Stadträte ohne jeden Widerspruch nur zu gerne.

Als eine Reaktion auf das „Fachkonzept“ hat sich 2006 eine Initiativgruppe für eine „Beschwerde- und Vermittlungsstelle in der Jugendhilfe“ gebildet, die Kinder, Jugendliche und Eltern dabei unterstützen will, ihre Rechte gegenüber Jugendamt und Freien Trägern der Erziehungshilfe aktiver wahrnehmen zu können. Weitere Informationen unter www.lotse-halle.de

Prof. Dr. Johannes Herwig-Lempp, Hochschule Merseburg (FH), Fachbereich Soziale Arbeit/Medien.Kultur, 06217 Merseburg,
E-Mail johannes@herwig-lempp.de

Eine Literaturliste sowie die zitierten Dokumente können gerne als Dateien beim Autor per E-Mail angefordert werden: johannes@herwig-lempp.de

Quellen

Arbeitskreis Freie Träger Hilfen zur Erziehung Halle, Keine Haushaltskonsolidierung in den Erziehungshilfen zu Lasten der Schwächsten. Erklärung vom 9. September 2007

Bartsch, Michael, Sparen auf Kosten von Heimkindern, in: die tageszeitung vom 27. September 2007, S. 7

Berth, Felix, Zurück ins Elend, in: Süddeutsche Zeitung vom 9. Okt. 2007, S.1

Fachbereich Kinder, Jugend und Familie der Stadt Halle, Dienstanweisung Nr. 93, vom 3. September 2007 (einschl. der „Anlage zur Dienstanweisung – finanzielle Darstellung“)

Geschäftsbereich Jugend, Soziales und Gesundheit der Stadt Halle, Fachkonzept des Fachbereichs Kinder, Jugend und Familie, Halle Juli 2006

Hagen, Björn, Kommunale Einsparungen, in: Evangelische Jugendhilfe 5/2007 (im Druck)

Herwig-Lempp, Johannes, Schlecht beraten: In Halle regiert der Roth-Stift. Mitarbeiter melden sich zu Wort, in: Forum SOZIAL 1/2008 (im Druck)

Herwig-Lempp, Johannes, Steffen Kröner, Halweig Hanke, Inés Brock, Leonhard Dölle, Frank Germann, Dagmar Jakob, Kerstin Masur, Reinhardt Ast, Leserbrief zu dem Artikel von Roth/ Appel 2007 an die Zeitschrift Jugendhilfe (die Veröffentlichung wurde von Schriftleiter Klaus Roth abgelehnt)

Juchems, Agnes, und Maria Lüttringhaus, „Sofort raus aus der Familie!“ Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker beurteilen im Planspiel einen Fall von Kindeswohlgefährdung, in: Blätter der Wohlfahrtspflege 5/2007, S. 170-173

LIGA der Freien Wohlfahrtspflege im Land Sachsen-Anhalt e.V., Rückführung von Kindern, Jugendlichen und jungen Volljährigen in ihre Familien. Brief an Frau Szabados vom 26. September 2007

Lucius, Robert von, Rückführung in die Schutzlosigkeit, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 7. Nov. 2007, S. 5

Merten, Roland, Wie die sozialpädagogische Fachlichkeit verkauft wird. Oder: Halle (Saale) als Negativbeispiel, in: sozialmagazin 11/2007 (in Vorb.)

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus dem Fachbereich Kinder, Jugend und Familie (Jugendamt) der Stadt Halle (Saale), Briefe an die Öffentlichkeit, 11. Nov. 2007, (Manuskript, 14 S.), <http://www.herwig-lempp.de/daten/doku/071107Mitarbeiterbriefe.pdf> (rev. 13.11.07)

Ritscher, Wolf, Organisierte Verantwortungslosigkeit in der Jugendhilfe: Das Beispiel Halle (Saale), in: KONTEXT 4/07 (im Druck)

Roth, Klaus, und Klaus Appel, Pro-aktive Systeme und ihr Charme! in: Jugendhilfe 2/2007, S. 65-72

Schrader, Paul M., Nicht erwerbsfähige Hilfebedürftige im Alter von unter 15 Jahren (SGB II), Bremen 15.8.2007 (Bremer Institut für Arbeitsmarktforschung und Jugendberufshilfe e.V. - BIAJ)

Seils, Christoph, Heim ins Nichts, in: Die Zeit vom 25. Okt. 2007, S. 15

Struck, Norbert, Halle-Iuja, in: Forum Erziehungshilfen 3-4/2007 (im Druck)

Szabados will nicht alle Heimkinder heimschicken, MDR-Sendung am 21. Sept. 2007, <http://www.mdr.de/mdr1-radio-sachsen-anhalt/4856351.html>

Wiesner, Reinhard, Editorial der Zeitschrift für Kindschaftsrecht und Jugendhilfe ZKJ, 11/2007, S. 423

Wilhelm, Andreas, Klaus Appel und Arbeitsgruppe Proaktive Systeme, Diskussionspapier zu den Grundsätzen einer proaktiven Arbeit mit Kindern, Jugendlichen und Familien in der Stadt Halle, Halle 5. März 2007

Zentner, Birger, Familie statt Heim. Stadt will auf ambulante Hilfen setzen – Kritiker warnen vor Hauruck-Aktion, in: Mitteldeutsche Zeitung vom 2. Okt. 2007, S. 9

Alle Dokumente (das „Fachkonzept“, die Dienstanweisung Nr. 93, eine Erklärung der Freien Träger, ein Artikel von Roth und Appel, ein Leserbrief dazu), Literaturverweise und ein Überblick über die Veröffentlichungen in den Medien sind auf der Webseite des Autors (unter <http://www.herwig-lempp.de/dokumente.htm>) zu finden bzw. können gerne bei ihm angefordert werden.

Autorennotiz

Johannes Herwig-Lempp, Dipl.-Sozialpädagoge mit langjähriger Erfahrung in der Erziehungshilfe, seit 1998 Professor an der Hochschule Merseburg (bei Halle) für Systemische Sozialarbeit/ Sozialarbeitswissenschaften, u.a. mit dem Schwerpunkt Jugendamt. Systemischer Berater, Fortbilder und Supervisor. Verschiedene Veröffentlichungen, zuletzt u.a. über Ressourcenorientierte Teamarbeit, Hilfen zur Erziehung als Aushandlungsprozess und über Machtbewusstsein(erweiterung) in der Sozialen Arbeit www.herwig-lempp.de, johannes@herwig-lempp.de